

Interview
10. Januar 2022

Wolfgang Ischinger im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Dirk-Oliver Heckmann: Jahrelang herrschte Funkstille zwischen der NATO, zwischen Washington und Moskau. Das Agieren Moskaus in der Ukraine mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim als Höhepunkt, die Unterstützung des syrischen Machthabers Assad durch Präsident Putin, der Abschuss der malaysischen Passagiermaschine über ukrainischem Boden – das und noch vieles mehr hat den Westen dazu gebracht, Russland mit immer mehr Sanktionen zu überziehen. Jetzt die russische Truppenkonzentration an der Grenze zur Ukraine. Das Verhältnis zwischen Moskau und dem Westen ist zum Zerreißen gespannt. Seit Sonntagabend saßen Vertreter Moskaus und Washingtons in Genf zu Beratungen zusammen. Das hatten US-Präsident Biden und Wladimir Putin zuvor vereinbart. Beide Seiten gaben sich danach allerdings unnachgiebig.

Morgen tagt dann erstmals seit zweieinhalb Jahren der NATO-Russland-Rat wieder. Auch die EU-Verteidigungs- und Außenminister kommen zusammen. Am Donnerstag dann die OSZE. Da geht es ebenfalls um die Ukraine und die angespannte Lage in Kasachstan. Auch hier steht Putin ja auf der Seite des Autokraten.

Darüber können wir jetzt sprechen mit Wolfgang Ischinger, dem Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, ehemals Botschafter in den USA. Guten Morgen, Herr Ischinger.

Wolfgang Ischinger: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Ischinger, der Kreml plant keinen Angriff auf die Ukraine, sagt der russische Unterhändler im Januar 2022. Wie sehr erinnert Sie das an den Satz: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten?

Ischinger: Na ja. Wir müssen in der Außen- oder hier speziell in der Sicherheitspolitik immer zwischen den Fähigkeiten, den Facts, und den erklärten Intentionen unterscheiden. Auf die erklärten Intentionen würde ich keinen Kredit gewähren, sondern ich würde mich an die Fähigkeiten halten, und die Fähigkeiten sprechen eine relativ deutliche, nämlich bedrohliche Sprache. Wenn hier über 100.000 russische Soldaten massiert entlang der ukrainischen Grenze sind, dann ist das eine klare Botschaft. Über die Intention können wir nur spekulieren und es ist ja schön, wenn der Kollege Ryabkov sagt, wir haben keine Absichten, diese militärischen Mittel gegenüber der Ukraine einzusetzen. Ehrlich gesagt, diese militärischen Mittel werden ja durch diese Drohung zumindest strategisch-politisch massivst eingesetzt.

Heckmann: In welcher Form?

Ischinger: Ohne diese Drohung wäre es vermutlich zur jetzigen Gesprächsserie gar nicht gekommen. Russland hat eigentlich schon immerhin ein wichtiges Ziel erreicht. Das finde ich aber auch ganz gut, dass dieses Ziel erreicht worden ist, nämlich dass man miteinander spricht. Es ist gut, dass diese amerikanisch-russischen Gespräche vorgestern angefangen haben, gestern stattgefunden haben. Sie haben aus meiner Sicht keinerlei Überraschung gebracht. Das hat, glaube ich, auch niemand unter den Experten erwartet. Aber damit ist zumindest die Chance eröffnet, Herr Heckmann, dass ein diplomatisch-politischer Verhandlungsprozess in Gang kommen könnte, sage ich mal ganz vorsichtig, und das wäre ein großer Fortschritt, denn wir haben die ganzen letzten Jahre uns nur mit gegenseitigen Beschuldigungen und Sanktionsentscheidungen konfrontiert. Das ist keine erfreuliche Lage gewesen. Wir sind ja eigentlich an einem fast historischen Tiefpunkt seit den Zeiten des

Endes des Kalten Krieges, seit den Zeiten der deutschen Wiedervereinigung angekommen, was das Verhältnis zu Russland angeht. Hier ist zumindest eine erste Chance geschaffen worden.

Heckmann: Dann gehen wir mal in die Inhalte, Herr Botschafter. Moskau fordert ja Garantien. Die NATO dürfe keine weiteren Ex-Sowjetrepubliken aufnehmen – mit Blick auf die Ukraine, auf Georgien auch. Sie sollte auch Waffenlieferungen unterlassen und auch keine Raketen in der Nähe Russlands stationieren. Sind das nicht irgendwo auch legitime Sicherheitsinteressen?

Ischinger: Die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands, was das Thema NATO-Erweiterung angeht, wurden vor langen, langen Jahren im Jahr 1996/97 intensiv zwischen Russland und dem nordatlantischen Bündnis diskutiert. Ich war damals der deutsche Verhandlungsführer. Ich habe das minutiös alles selber miterlebt. Wir haben damals Russland expressis verbis, ausdrücklich und schriftlich garantiert, dass in den künftigen neuen NATO-Mitgliedsstaaten keine größeren westlichen, also NATO-Truppen stationiert werden würden und vor allem – und das ist ganz wichtig – keinerlei Nuklearwaffen stationiert werden würden. Man ist damals auf diese russischen Sorgen eingegangen.

Heckmann: Und daran hat sich die NATO nicht gehalten?

Ischinger: Natürlich hat die NATO sich daran gehalten, und zwar präzise. Es gibt keine einzige Nuklearwaffe, jedenfalls nach meiner Kenntnis, in irgendeinem der neuen NATO-Staaten. Und schauen Sie, die westlichen militärischen kleinen Verbände, die in den letzten Jahren stationiert worden sind, zum Teil beispielsweise in den baltischen Staaten, die rotieren rein und raus, weil man sich präzise an den Wortlaut der NATO-Russland-Grundakte von 1997 halten möchte, nämlich keine dauerhafte Stationierung größerer westlicher Truppenverbände. Das ist für Russland eigentlich eine gute Grundlage und, Herr Heckmann, lassen Sie mich mal folgenden Gedanken hinzufügen: Wenn die Ukraine heute in der NATO wäre, dann würde auch für die Ukraine die Beschränkung der NATO-Russland-Grundakte von 1997 gelten. Es dürfte weder die USA, noch Deutschland, noch andere NATO-Staaten wesentliche Truppenverbände in der Ukraine stationieren und vor allen Dingen auch keine nuklearen Waffen.

Heute ist die Ukraine nicht in der NATO. Ergo gelten solche Beschränkungen für die Ukraine nicht. Das möchte Russland jetzt ändern. Meine Antwort wäre, was habt ihr eigentlich für ein Problem damit, die Ukraine in die NATO zu lassen, dann wäre das Problem doch jedenfalls zum größten Teil bereits mit der NATO-Russland-Grundakte gelöst.

Heckmann: Aber, Herr Ischinger, Moskau argumentiert ja immer wieder, der Westen habe zugesagt, dass sich die NATO nicht weiter Richtung Osten ausweitete – nach dem Fall der Mauer '89, dann '90 auch. Da wird auch immer wieder eine Aussage von Außenminister Genscher zitiert, haben wir hier auch im Deutschlandfunk öfter schon dokumentiert. Darauf wird ja immer wieder Bezug genommen. Ist da nichts dran?

Ischinger: Nein, da ist nichts dran. Richtig ist, dass es damals im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den 2+4-Vertrag Gespräche und einen mündlichen Austausch gegeben hat über die Beschränkungen, die man westlicherseits akzeptieren würde. Da ging es um die Einbeziehung der früheren DDR in die Bundesrepublik Deutschland, um die Vereinigung. Es ging um die Frage einer NATO-Mitgliedschaft und so weiter.

Ja, da gab es mündliche Gespräche. Aber, um es noch mal ganz präzise zu formulieren: Dieses Gewispere, dieses Geraune über gebrochene Versprechungen, das ist doch spätestens seit 1997 völlig vom Tisch, weil 1997 – ich wiederhole es noch mal – die Russische Föderation amtlich und schriftlich die NATO-Erweiterung als Prinzip akzeptiert und die Modalitäten der NATO-Erweiterung mit dem Westen ausverhandelt hat. Die NATO-

Russland-Grundakte ist das Dokument, mit dem Russland schriftlich die NATO-Erweiterung vor nunmehr 25 Jahren akzeptiert hat.

Lassen Sie mich noch diesen Satz hinzufügen, Herr Heckmann: Was Russland jetzt versucht, ist ein ganz interessantes Experiment. Man möchte eigentlich die Geschichte der europäischen Sicherheitsordnung um 25 Jahre, nämlich genau bis 1997 zurückdrehen. Das Problem ist: Geschichte bewegt sich – da muss man kein Historiker sein, um das zu wissen – nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts und man kann nicht einfach die letzten 25 Jahre Europas, die Freiheit der baltischen Staaten, die Zugehörigkeit Polens und anderer östlicher Nachbarstaaten zur Europäischen Union und zur NATO 25 Jahre zurückdrehen, nur weil Russland heute der Meinung ist, dass es damals möglicherweise falsch verhandelt hat.

Heckmann: Trotzdem wird man Moskau wohl auch etwas anbieten müssen. Was könnte das sein aus Ihrer Sicht?

Ischinger: Ich glaube, man kann Moskau sehr, sehr viel anbieten. Ich bin der Meinung, diese Genfer Gespräche sind keineswegs für die Katz, um es mal salopp auszudrücken. Es gibt ganz viele Dinge, die wir entweder neu vereinbaren könnten oder die wir wiederherstellen könnten. Bestes Beispiel der berühmte sogenannte INF-Vertrag. Das war der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, über den damals in den 80er-Jahren jahrelang schwierige Verhandlungen stattgefunden haben.

Heckmann: ... und aus dem die Amerikaner ausgestiegen sind unter Trump.

Ischinger: Die Amerikaner haben, die NATO hat der Russischen Föderation die Verletzung dieses Vertrages vorgeworfen und nachgewiesen und deswegen ist der Vertrag obsolet geworden. Man möchte – und so höre ich auch, das kann man auch in amerikanischen Berichten nachlesen –, dass die USA durchaus bereit sind – das hat Wendy Sherman, die amerikanische Unterhändlerin, anscheinend gestern auch gesagt –, man kann durchaus überlegen, eine solche Regelung, nämlich den beiderseitigen Verzicht auf bestimmte Kategorien nuklearer Waffen, erneut zu verhandeln und festzuschreiben. Das wäre für uns gut, es wäre auch für Russland gut und alle, die zwischen uns und Russland liegen, auch. Ich sehe im Bereich der Rüstungskontrolle und der sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen Transparenzherstellung, damit wir nicht überrascht werden über plötzlich auftauchende 100.000 russische Soldaten an irgendeiner Grenze, das ist ein weites Gebiet, in dem wir durchaus aufeinander zugehen können.

Heckmann: Die Forderungen Moskaus sind wesentlich höher geschraubt, Herr Ischinger. Wir haben nicht mehr allzu viel Zeit. Trotzdem noch die Frage: Mancher Beobachter mutmaßt, die Forderungen sind deshalb so hochgeschraubt, dass die Verhandlungen nur scheitern können, um dann anschließend eine weitere Eskalation zu rechtfertigen. Besteht diese Gefahr aus Ihrer Sicht?

Ischinger: Na ja! Wenn man sich die Fähigkeiten, die da disloziert sind, im Westen Russlands anschaut, dann besteht die Gefahr de facto natürlich schon. Da müssen wir wieder über die möglichen Intentionen reden. Ich persönlich glaube, dass das, was hier stattfindet, ein hoch brisantes und leider auch gefährliches politisch-militärisches Pokerspiel ist, was die russische Seite hier anzettelt, möglichst mit Maximalforderungen, wie Sie gerade sagen, in der Hoffnung, dass vielleicht nicht alle Maximalforderungen, aber doch vielleicht die Hälfte am Schluss herauskommt. Ich bin gedämpft optimistisch, dass dies ein sinnvoller Beginn sein könnte für eine Kette von Verhandlungsprozessen, die uns dann wegführt von dieser im Augenblick wirklich gefährlichen Drohkulisse.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.